

Stadt Münster
Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Vereinbarung zum § 8a Abs. 2 SGB VIII für Träger von Einrichtungen und Diensten aus den Bereichen

**Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (§§ 11 bis 14 SGB VIII),
Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21 SGB VIII) und
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ 22 bis 25 SGB VIII)**

**soweit sie nicht bereits eine Vereinbarung im Rahmen der Hilfen zur Erziehung
abgeschlossen haben**

Das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien der Stadt Münster
im folgenden „Jugendamt“

und

<Bezeichnung des Trägers>
im folgenden „Träger“

schließen die folgende Vereinbarung. Die Vereinbarung regelt die Rechte, Pflichten und die Zusammenarbeit der Vereinbarungspartner in Bezug auf folgende gesetzliche Bestimmungen: § 8a (Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung), §§ 61-65 SGB VIII (Datenschutz), § 72a SGB VIII (Eignung der Fachkräfte).

Präambel

§ 8a Abs. 1 SGB VIII Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen. Dabei sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten anzubieten.

Eine wichtige Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche davor zu bewahren, dass sie in ihrer Entwicklung durch missbräuchliche Ausübung elterlicher Rechte oder aufgrund einer Vernachlässigung oder durch unverschuldetes Versagen der Eltern Schaden erleiden. Kinder und Jugendliche sind vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen (§ 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII).

§ 8a SGB VIII konkretisiert diesen allgemeinen staatlichen Schutzauftrag als Aufgabe der Jugendämter, verdeutlicht die Beteiligung der freien Träger an dieser Aufgabe und beschreibt Verantwortlichkeiten der beteiligten Fachkräfte der Jugendhilfe.

§ 8a Abs. 2 SGB VIII Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

In Vereinbarungen mit den Trägern und Einrichtungen, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

Der Gesetzgeber hat den Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit der Einführung des § 8a SGB VIII verpflichtet, **mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen**¹, eine Vereinbarung über die Sicherstellung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung abzuschließen. Diesem Auftrag kommt die Stadt Münster mit dieser Vereinbarung nach.

§ 8a Abs. 3 und 4 SGB VIII Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

(3) Hält das Jugendamt das Tätigwerden des Familiengerichts für erforderlich, so hat es das Gericht anzurufen; dies gilt auch, wenn die Erziehungs- oder Personensorgeberechtigten nicht bereit oder in der Lage sind, bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken. Besteht eine dringende Gefahr und kann die Entscheidung des Gerichts nicht abgewartet werden, so ist das Jugendamt verpflichtet, das Kind oder den Jugendlichen in Obhut zu nehmen.

(4) Soweit zur Abwendung der Gefährdung das Tätigwerden anderer Leistungsträger, der Einrichtungen der Gesundheitshilfe oder der Polizei notwendig ist, hat das Jugendamt auf die Inanspruchnahme durch die Personensorge-berechtigten hinzuwirken. Ist ein sofortiges Tätigwerden erforderlich und wirken die Personensorgeberechtigten nicht mit, so schaltet das Jugendamt die anderen zur Abwendung der Gefährdung zuständigen Stellen selbst ein.“

1. Gewährleistung des Trägers

Der Träger gewährleistet,

- den Schutzauftrag gemäß § 8 a Absatz 1 SGB VIII in entsprechender Weise wahrzunehmen,
- das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen, wenn ihm gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung bekannt werden,
- bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos unverzüglich eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ (§ 8 a Absatz 2 Satz 1 SGB VIII) hinzuzuziehen,
- die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder Jugendlichen dabei einzubeziehen soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird,
- bei den Personensorgeberechtigten oder dem Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinzuwirken bzw. aus seinem Leistungsbereich verfügbare Hilfen anzubieten², wenn er dies für erforderlich hält,
- den Kommunalen Sozialdienst des Jugendamts, Hafenstr. 30, 48153 Münster, Tel.: 0251 / 492-5601 / 5602, sofern nicht eine bezirkliche Zuständigkeit bereits bekannt ist, unverzüglich zu informieren, wenn zur Abwendung des Gefährdungsrisikos
 - Jugendhilfeleistungen für erforderlich gehalten werden, die der Träger selbst nicht erbringen kann, oder
 - andere Maßnahmen für erforderlich gehalten werden (z.B. Gesundheitshilfe, Maßnahmen nach dem Gewaltschutzgesetz), oder
 - die Personensorgeberechtigten nicht in der Lage sind oder bereit sind, solche Maßnahmen in Anspruch zu nehmen, oder
 - die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden oder die Hilfen nicht angenommen werden.

¹ Hiermit sind nur Fachkräfte gemäß § 72 SGB VIII einbezogen. Für die Schulen gilt nicht das SGB VIII, sondern für sie ist das Schulgesetz NRW ausschlaggebend. Hier wird in § 42 Abs. 6 SchG folgendes ausgeführt: Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert es, jedem Anschein von Vernachlässigung oder Misshandlung nachzugehen. Die Schule entscheidet rechtzeitig über die Einbeziehung des Jugendamtes oder andere Stellen.

² Für den Leistungsbereich der Hilfen zur Erziehung gemäß der §§ 27 ff. SGB VIII gilt: Das Nahebringen von entsprechenden Hilfen erfolgt nach den Verfahrensvorschriften für die Einleitung und Durchführung des Hilfeplanverfahrens (§ 36 SGB VIII) und führt je nach Fallgestaltung über den Hilfeplan hinaus zu einem umfassenden Schutzkonzept, in dem Leistungen und Maßnahmen außerhalb der Kinder- und Jugendhilfe einbezogen sind.

Für die fachliche Steuerung von Hilfen zur Erziehung ist der Hilfeplan grundlegend. Nach § 36a SGB VIII trägt der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Kosten der Hilfe grundsätzlich nur dann, wenn sie auf Grundlage seiner Entscheidung nach Maßgabe des Hilfeplans erbracht wird (Ausnahme: Sonderregelung für die Erziehungsberatung).

Das Verfahren ist in der Anlage 1 „Verfahrensschema für freie Träger (nach Schone)“ beispielhaft dargestellt.

Unbeschadet der o. g. Regelungen ist im Falle einer akuten Kindesgefährdung (Gefahr ist massiv, unmittelbar und gegenwärtig), die sofortiges Handeln der Fachkraft erfordert

- die Einschaltungen des Jugendamtes (Kommunaler Sozialdienst) oder
- außerhalb der regulären Dienstzeiten der Stadtverwaltung die Benachrichtigung der Rufbereitschaft des KSD über den Polizeinotruf

zu veranlassen.

Für Notfälle, die eine sofortige Unterbringung des Minderjährigen erfordern, wird in diesem Zusammenhang auf die Kriseneinrichtungen / das Inobhutnahmesystem, dessen Belegung in der Regel durch den KSD veranlasst wird, in Münster verwiesen (siehe Anlage 2).

2. Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung

Auslöser der Wahrnehmung des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII sind „gewichtige Anhaltspunkte“ für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen. Bei Fällen einer Kindeswohlgefährdung handelt es sich nach der Rechtsprechung (BGH Beschluss vom 14.07.56 – IV ZB 32/56) um "eine gegenwärtige in einem solchen Maße vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit voraussagen lässt".

Gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung sind Hinweise oder Informationen über Handlungen gegen Kinder und Jugendliche oder Lebensumstände, die das leibliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes oder Jugendlichen gefährden, unabhängig davon, ob sie durch eine missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes oder Jugendlichen, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten bestehen (vgl. hierzu auch § 1666 BGB).

Als Kindeswohl gefährdende Erscheinungsformen lassen sich grundsätzlich unterscheiden

- körperliche und seelische Vernachlässigung,
- seelische Misshandlung,
- körperliche Misshandlung und
- sexuelle Gewalt.

Näheres siehe Anlage 3 „Gefährdungseinschätzung gem. § 8 a SGB VIII“.

3. Organisatorische Maßnahmen des Trägers im Rahmen des Kinderschutzes

(1) Der Träger stellt durch geeignete betriebliche Maßnahmen sicher, dass die Fachkräfte über die gewichtigen Anhaltspunkte zur Kindeswohlgefährdung unterrichtet sind und hierbei mindestens die in der Anlage zu dieser Vereinbarung enthaltene Liste wichtiger Anhaltspunkte beachtet wird (siehe Anlage 3 Seite 1: „Gefährdungseinschätzung gem. § 8a Abs. 2 SGB VIII“).

(2) Der Träger stellt sicher, dass die von den Fachkräften bereits verwendeten diagnostischen Instrumente und dergleichen auf die vollständige Berücksichtigung dieser Anhaltspunkte überprüft und ggf. angepasst werden.

4. Beteiligung einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ an der Einschätzung des Gefährdungsrisikos

(1) Unbeschadet sonstiger Regelungen muss die zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos zu beteiligende „insoweit erfahrene Fachkraft“ über folgende Qualifikationen verfügen:

- einschlägige Berufsausbildung als Dipl. Sozialarbeiter, Dipl. Sozialpädagoge, Dipl. Pädagoge, Dipl. Psychologe oder Arzt,
- Qualifizierung durch regelmäßige Fortbildung,
- Praxiserfahrung durch die hauptberufliche Tätigkeit im Umgang mit traumatisierten Kindern und Problemfamilien,
- Fähigkeit zur Kooperation mit den Fachkräften öffentlicher und freier Träger der Jugendhilfe, sowie mit weiteren Einrichtungen, z. B. der Gesundheitshilfe, Polizei,...
- Kompetenz zur kollegialen Beratung,
- persönliche Eignung (z. B. Belastbarkeit, professionelle Distanz, Urteilsfähigkeit).

(2) Die zu beteiligenden „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ im Sinne des Abs. 1 werden seitens des Trägers gegenüber dem Jugendamt benannt. Die Angaben sind bei personellen Veränderungen zu aktualisieren.

Alternativ für Träger, die über keine „insoweit erfahrene Fachkraft“ verfügen

(2) Dem Träger steht eine entsprechende „insoweit erfahrene Fachkraft“ nicht zur Verfügung. In einer Nebenabsprache zu dieser Vereinbarung wird daher eine Liste mit „insoweit erfahrenen Fachkräften“ vereinbart (siehe Anlage 4). Im Bedarfsfall wird der Träger eine der benannten Personen aus seinem Bezirk als „insoweit erfahrene Fachkraft“ beteiligen. Dabei ist insbesondere der § 64 Abs. 2a SGB VIII zu beachten.

5. Einbeziehung der Personensorgeberechtigten sowie des Kindes oder Jugendlichen

Der Träger stellt sicher, dass die Personensorgeberechtigten einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird (§ 8a Abs.1 Satz 2 SGB VIII).

Der Träger beachtet die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 8 SGB VIII (insbesondere altersgerechte Beteiligung, Aufklärung über Rechte). Davon kann im Einzelfall nur abgewichen werden, wenn durch die Einbeziehung ihr wirksamer Schutz in Frage gestellt werden würde (§ 8a Abs.1 Satz 2 SGB VIII).

6. Inhalt und Umfang der Mitteilung an das Jugendamt

Hält der Träger es für erforderlich, das Jugendamt hinzuzuziehen, so ist für die Mitteilung an das Jugendamt der Vordruck „Mitteilung der Gefährdungseinschätzung gem. § 8a Abs. 2 SGB VIII“ zu nutzen (siehe Anlage 3 Seite 2). Aus dem Vordruck ergibt sich der Inhalt und Umfang der Mitteilung. Der Träger kann –sofern es erforderlich ist- eine weitergehende Begründung zusammen mit der Mitteilung dem Jugendamt zur Verfügung stellen.

7. Dokumentation

(1) Der Träger stellt sicher, dass die Fachkräfte die Wahrnehmung der Aufgaben und Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung umgehend schriftlich und nachvollziehbar dokumentieren.

(2) Unbeschadet weiter gehender Regelungen des Trägers erfasst die Dokumentationspflicht alle Verfahrensschritte und muss bei jedem Verfahrensschritt mindestens beinhalten: beteiligte Fachkräfte, zu beurteilende Situation, Ergebnis der Beurteilung, Art und Weise der Ermessensausübung, weitere Entscheidungen, Definition der Verantwortlichkeit für den nächsten Schritt, Zeitvorgaben für Überprüfungen.

8. Datenschutz

Der Träger ist zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, die sich aus den §§ 61 – 65 SGB VIII ergeben, verpflichtet.

9. Qualitätssicherung

(1) Der Träger stellt sicher, dass die zuständigen Leitungen für die sachgerechte Unterrichtung der Fachkräfte über die Verpflichtungen aus § 8a SGB VIII Sorge tragen, ebenso für eine regelmäßige Auswertung der Erfahrungen mit den getroffenen Regelungen (Evaluation) sowie für die Einbeziehung weiterer fachlicher Erkenntnisse. Diese Maßnahmen der Qualitätssicherung sind in der Regel einmal jährlich durchzuführen.

(2) Die benannten „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ treffen sich mindestens einmal jährlich auf Einladung des Jugendamtes zu einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Dies erfolgt mit dem Ziel, die zukünftigen Kooperationsstrategien auf der Grundlage von Erfahrungen zu verbessern. In regelmäßigen Abständen bietet das Jugendamt dem genannten Kreis Fortbildung an.

10. Verpflichtung des Jugendamts

Das Jugendamt verpflichtet sich, dem Träger Informationen zu Zuständigkeiten, Arbeitsabläufen, Erreichbarkeit, konzeptionellen Grundlagen seiner Arbeit zur Verfügung zu stellen und stets zu aktualisieren. Hierzu gehört auch die Bereitschaft, Auftrag und Arbeitsweise des Jugendamtes bei Kindeswohlgefährdung im Rahmen von Workshops und Fortbildungen für die Fachkräfte der Träger transparent zu machen.

Da eine dauerhafte fallunabhängige Sicherung des Wohls von Kindern und Jugendlichen nur möglich ist, wenn funktionierende Kooperationsbeziehungen bestehen und die Verfahrensabläufe für alle Beteiligten klar sind, erfolgt durch das Jugendamt eine Information des Trägers über den weiteren Verlauf in den Fällen von Kindeswohlgefährdung, soweit nicht bereits im laufenden Hilfeplanverfahren eine Beteiligung erfolgt. Hierbei sind die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten.

11. Eignung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

§ 72 SGB VIII Mitarbeiter, Fortbildung

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen bei den Jugendämtern und Landesjugendämtern hauptberuflich nur Personen beschäftigen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen. Soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert, sind mit ihrer Wahrnehmung nur Fachkräfte oder Fachkräfte mit entsprechender Zusatzausbildung zu betrauen. Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen sollen zusammenwirken, soweit die jeweilige Aufgabe dies erfordert.

§ 72a SGB VIII Persönliche Eignung

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen hinsichtlich der persönlichen Eignung im Sinne des § 72 Abs. 1 insbesondere sicherstellen, dass sie keine Personen beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat mit den §§ 171, 174 bis 174 c, 176 bis 181a, 182 bis 184e oder § 225 des Strafgesetzbuches verurteilt worden sind. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung und in regelmäßigen Abständen von den zu beschäftigenden Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 5 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen. Durch Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe auch sicherstellen, dass diese keine Personen nach Satz 1 beschäftigen.

(1) Der Träger beschäftigt und vermittelt im Rahmen seiner Einrichtungen und Dienste ausschließlich Personen, die nicht im Sinne des § 72 a SGB VIII vorbestraft sind. Dieses stellt er durch geeignete betriebliche Maßnahmen sicher. Dazu gehört insbesondere die Vorlage eines Führungszeugnisses (§ 30 Bundeszentralregistergesetz) bei der Einstellung und seiner regelmäßigen Vorlage im Abstand von fünf Jahren.

Bei Trägern von Einrichtungen, die gemäß § 45 SGB VIII der Erlaubnis bedürfen, wird die persönliche Eignung der Beschäftigten mittels Vorlage eines Führungszeugnisses durch das Landesjugendamt überprüft.

(2) Im übrigen stellt der Träger auf geeignete Art und Weise sicher, dass die bei ihm beschäftigten Fachkräfte persönlich geeignet sind und ihre Beschäftigung für das Wohl von Kindern und Jugendlichen keine Gefahr bedeutet.

(3) Um Gefährdungen für das Kindeswohl zu vermeiden, wird der Träger bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Straftat (§ 72 a SGB VIII) in geeigneter Weise zum Schutz von Kindern und Jugendlichen tätig.

12. Schlussbestimmungen

(1) Die Vereinbarung tritt am Tag ihrer Unterzeichnung in Kraft. Die Frist für eine Kündigung beträgt sechs Monate zum Jahresende. Eine Kündigung ist nur in schriftlicher Form möglich.

(2) Die in der Vereinbarung aufgeführten Anlagen sind Bestandteil derselben.

(3) Der Träger stellt mit dieser Vereinbarung und über innerbetriebliche Maßnahmen sicher, dass er die Verpflichtung aus den o. g. gesetzlichen Bestimmungen und die zu ihrer Umsetzung vorhandenen Verfahrensstandards und Handlungsrichtlinien einhält.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Trägers sind die vorliegende Vereinbarung sowie die zu ihrer Umsetzung existierenden Verfahren und Handlungsrichtlinien bekannt.

(4) Mündliche Nebenabreden zu der Vereinbarung wurden nicht getroffen. Spätere Änderungen, Ergänzungen oder Nebenabreden bedürfen der Schriftform.

(5) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Regelungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine solche zu ersetzen, die dem verfolgten Zweck am nächsten kommt.

(6) Sollten sich die zugrunde liegenden oder tangierende landes- oder bundesrechtliche gesetzliche Regelungen ändern, die Inhalte dieser Vereinbarung berühren, werden die Parteien die vorliegende Vereinbarung den gesetzlichen Regelungen anpassen.

(7) Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit getroffen und gilt, bis sie durch eine Nachfolgevereinbarung ersetzt wird, der Träger seine Tätigkeit auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe einstellt oder die gesetzlichen Vorgaben für den Abschluss einer solchen Vereinbarung entfallen.

Münster, den

Für das Jugendamt:

Für den Träger:

Pohl

Leiterin des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien